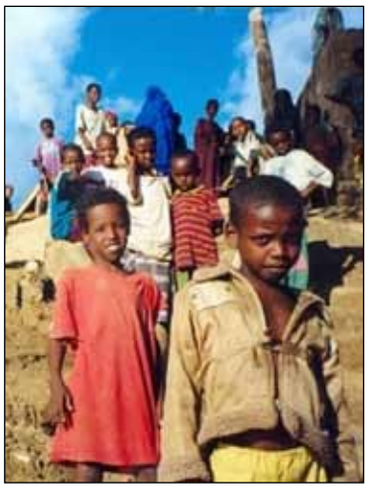
INEF POLICY BRIEF



Umbrüche im Nahen Osten - Hintergründe und Handlungsoptionen für westliche Politik und Zivilgesellschaft

Jan Hanrath

9/2011

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

INEF
Institut für Entwicklung und Frieden

Einleitung:

Die Entwicklungen im Nahen Osten beförderten die Region seit Beginn des Jahres 2011 einmal mehr ins Rampenlicht der Weltpolitik – wenngleich mit zunächst positiveren Vorzeichen als in der Vergangenheit. Nach Jahren der Stagnation und der Verkrustung in autoritären Strukturen begannen Demokratiebewegungen, breite gesellschaftliche Mobilisierungen und in einzelnen Fällen aufständische Gruppen plötzlich und zunächst erfolgreich gegen diese Zustände aufzubegehren. Obwohl es bereits seit Jahren in den Gesellschaften der Region unter der Oberfläche brodelte, überraschten der Zeitpunkt, die Geschwindigkeit und vor allem der schnelle Erfolg der Bewegungen in Tunesien und Ägypten fast alle Beobachter. Beginnend mit dem Sturz Ben Alis in Tunesien war vermeintlich eine Dynamik in Gang gekommen, die nach und nach auf die meisten Länder der Region überzugreifen schien und erwarten ließ, dass oftmals seit Jahrzehnten herrschende Eliten gestürzt würden. Doch schon der beginnende Bürgerkrieg und die darauf folgende internationale Militärintervention in Libyen sowie die gewaltsamen Entwicklungen in Ländern wie Jemen, Bahrain oder ganz aktuell Syrien machten deutlich, dass die Protestbewegungen weder automatisch und schnell in demokratischen Verhältnissen münden, noch dass diese Revolutionen identisch verlaufen würden.

Neben einer Reihe von Gemeinsamkeiten ist der Nahe Osten durch große Unterschiede geprägt.

So war auch das häufig bemühte Bild des „Dominoeffekts“ nicht stimmig, denn es impliziert eine Zwangsläufigkeit und Gleichförmigkeit der politischen Umbrüche, die der Realität nicht entspricht. Zwar teilen die Länder des Nahen Ostens eine Reihe von Gemeinsamkeiten und durchleben mitunter parallele Entwicklungen. Sie unterscheiden sich jedoch in Form und Entwicklung des Staatswesens, ihren gesellschaftlichen und politischen Strukturen, dem Grad der sozioökonomischen Entwicklung und dem Status der Zivilgesellschaft erheblich.

Die deutsche Regierung wie auch zivilgesellschaftliche Akteure sehen sich aktuell mit einer veränderten Situation konfrontiert, die die Suche nach angemessenen Reaktionsmöglichkeiten und mitunter eine strategische Umorientierung notwendig macht. Vor allem in den Bereichen der Wirtschafts- und Migrationspolitik sowie bei der Bewertung von und dem Umgang mit gesellschaftlicher Akteuren in der Region besteht dabei besonderer Reformbedarf.

Im vorliegenden INEF Policy Brief werden zunächst einige Charakteristika der gegenwärtigen Entwicklungen im Nahen Osten zusam-

mengefasst und besonders das Zusammenspiel von regionalen und nationalen bzw. lokalen Faktoren analysiert. Nach einer Betrachtung der Auswirkungen dieser Ereignisse auf die Politik und Interessen westlicher Regierungen, wird der Frage nachgegangen, welche Chancen und Herausforderungen die Umbrüche in der Region für die deutsche Politik und zivilgesellschaftliches Engagement bedeuten.

1 Die Staaten im Nahen Osten – Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Die Aneinanderreihung von Protesten und Aufständen unterstützte einmal mehr die gängige Wahrnehmung, dass es sich bei den Staaten des Nahen Ostens um eine weitgehend einheitliche, eng verbundene und geschlossene Region handelt. Die Staaten von Marokko bis Oman werden häufig einem politisch-kulturellen Raum zugeordnet, der vermeintlich vor allem durch den Islam geprägt ist. Und tatsächlich beeinflussen sich Entwicklungen in diesem Teil der Welt oftmals gegenseitig. Auch historisch betrachtet gleicht die Region „einem gewaltigen Klangkörper, in dem Gedankenströmungen und Informationen weithin zirkulierten und sich erheblicher Resonanz über Staatsgrenzen hinweg erfreuten“ (Noble 2010: 92, eigene Übersetzung). Dies spiegelt sich auch in einer ausgeprägten arabischen Identität wider. Gerade in den vergangenen zwei Jahrzehnten haben sich – auch dank der erfolgreichen panarabischen Medien – ein neues Gemeinschaftsgefühl und eine neue arabische Öffentlichkeit entwickelt. Nicht zuletzt, weil die einzelnen nationalen Ideologien – welcher Art auch immer – mittlerweile völlig diskreditiert sind. Die jeweiligen nationalen Kontexte unterscheiden sich jedoch erheblich, sodass sich regionale Entwicklungen und Ideen mit lokalen Macht- und Konfliktkonstellationen vermengen. Die Ursachen der jüngsten Ereignisse dürften daher im Zusammenspiel lokaler und regionaler Entwicklungen zu finden sein.

Ursachen der jüngsten Ereignisse liegen im Zusammenspiel lokaler und regionaler Entwicklungen.

Wenn wir uns die Staaten der Region betrachten, so fallen einige Unterschiede direkt ins Auge. Sie unterscheiden sich erheblich in Größe, Bevölkerungszahlen und -dichte. Auf der einen Seite haben wir große Flächenstaaten mit teilweise recht geringer Bevölkerung wie z. B. Libyen oder Saudi-Arabien, auf der anderen Seite kleine Staaten und Territorien mit hoher Bevölkerungsdichte wie z. B. der Libanon, Kuwait oder die palästinensischen Autonomiegebiete.

Die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung sind extrem stark ausgeprägt und die jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen und Lebensbedingungen klaffen entsprechend auseinander. So weist

ein bevölkerungsreiches Land wie der Jemen – das häufig auch als das Armenhaus Arabiens bezeichnet wird – ein Bruttosozialprodukt pro Kopf und Jahr von nur etwas über 1000 $ auf, während bevölkerungsschwache, aber ölreiche Golfstaaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate oder Katar auf rund 50.000 $ bzw. fast 70.000 $ pro Kopf und Jahr kommen (World Bank 2011).

Bezogen auf die politischen Systeme stehen Republiken wie Tunesien, Ägypten oder Syrien Monarchien wie Marokko, Jordanien oder Bahrain gegenüber, die jeweils sehr unterschiedlich legitimiert sind und sehr verschiedene Regierungsstrukturen aufweisen. Die offiziellen Staatsideologien reichen von verschiedenen Formen des säkularen arabischen Sozialismus und Nationalismus bis hin zu religiösen Begründungen und Rechtfertigung politischen Handelns.

Die meisten Länder im Nahen Osten sind sowohl ethnisch als auch religiös stark heterogen, was sich in unterschiedlichem Maße in der innergesellschaftlichen Machtverteilung widerspiegelt. Mal dominieren Machthaber aus einer religiösen Minderheit, wie in Syrien oder Bahrain, oder es wird umgekehrt wie in Saudi-Arabien einer Minderheit politische und gesellschaftliche Teilhabe verwehrt, und manchmal sind diese Trennlinien Anlass für immer wiederkehrende Konflikte und wechselnde Allianzen wie im Libanon. Ähnliches gilt auch für Stammesstrukturen, die z. B. in Libyen, dem Jemen oder Saudi-Arabien von großer Bedeutung für die Innenpolitik sind, während sie in Ländern wie Ägypten, Palästina oder Tunesien kaum eine Rolle spielen (Hippler 2008).

Gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch bildet die Region also keine Einheit. Allerdings gibt es eine Reihe von Merkmalen und Entwicklungen, die alle Länder und Systeme dieser Region betreffen – wenngleich in unterschiedlichem Maße.

Demokratiedefizit als Gemeinsamkeit nahöstlicher Staaten.

Vielleicht entscheidendste Gemeinsamkeit ist das Demokratiedefizit. Keine Region der Welt hat sich in der Vergangenheit so nachhaltig einem allgemeinen Trend zur Demokratisierung widersetzt. In der jüngsten Studie von Freedom House wird von den 20 Staaten, die der Region zugerechnet werden – Israel ist hier ein Sonderfall – kein einziges als frei eingestuft, lediglich vier als "teilweise frei" (Freedom House 2011). Hier ist nun nicht der Ort, um auf all die möglichen Gründe für diese Demokratieresistenz einzugehen, aber einige wesentliche Ursachen liegen sicherlich im kolonialen Erbe, im Vorhandensein von Ölrenten (Beblawi/Luciani 1987) – d. h. von finanziellen Zuwendungen, denen keine Investitions- oder Arbeitsleistungen der Empfänger gegenüberstehen – sowie in der langjährigen Unterstützung der autoritären Regime durch den Westen. Damit mangelt es in allen Ländern der Region an politischen Partizipationsmöglichkeiten,

sind Menschen- und Bürgerrechte teilweise massiv eingeschränkt und sind die Bürger oft heftiger staatlicher Repression ausgesetzt. Die politischen Systeme der Region, deren Führungspersonal mitunter seit Jahrzehnten an der Macht ist, sind zudem von Korruption, Klientelpolitik und Ineffizienz geprägt.

Bereits 2004 analysierte der Arab Human Development Report die Abwesenheit von Demokratie und Good Governance in der Region (UNDP 2005). Den Autoren zufolge sind die arabischen Staatsapparate charakterisiert durch repressive Staatsstrukturen, Fehlen von freien und fairen Wahlen, korrupte Führungseliten, massive Beschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit, Menschenrechtsverletzungen und eine Instrumentalisierung der Justiz durch die Machthaber. Weiter heißt es: "In einem solchen Regime wird selbst die regierende Partei zu einem bloßen Teil des Verwaltungsapparates, der von ‚Beamten geführt wird, die weder über Energie noch Effizienz' verfügen. (…) Wir können dieses Modell mit einem ‚Schwarzen Loch' vergleichen, also mit dem astronomischen Phänomen erloschener Sterne, die sich zu einem Materieball verdichten und zu gigantischen Magnetfeldern werden, aus denen nicht einmal Licht entkommt. Der moderne arabische Staat nähert sich in einem politischen Sinn diesem Modell, bei dem der Verwaltungsapparat einem ‚Schwarzen Loch' gleicht, das seine soziale Umgebung so umformt, dass sich nichts mehr bewegt und dem nichts entrinnen kann" (UNDP 2005: 126 ff., eigene Übersetzung). Dieses Grundmodell gilt nicht für alle Staaten der Region im gleichen Maße, beschreibt aber doch präzise die Realität – unabhängig davon, ob es sich um Monarchien oder Republiken handelt, um "linke", säkulare oder religiös legitimierte Regime. In einigen Ländern, wie z. B. dem Jemen, kommt es dadurch zu Abweichungen, dass der Staat die Gesellschaft weniger durchdrungen hat, etwa weil Stämme noch Bereiche und Regionen besetzen, in denen der Staatsapparat keine durchgreifende Kontrolle ausübt, oder wie im Libanon die Fragmentierung der Gesellschaft eine umfassende Kontrolle der Gesellschaft durch den Staat erschwert oder verhindert. In solchen Fällen beschränkt sich die überwältigende Rolle des Staates entweder auf Teile des eigenen Landes oder wird durch ein starkes Element der Instabilität ergänzt, das immer wieder in Gewalt umschlagen kann (Hippler 2011). Insgesamt ist die Distanz zwischen den Herrschenden und ihren Bevölkerungen heute so groß wie nie zuvor. Im Gegensatz zu den verkrusteten Machtstrukturen und Herrschaftsapparaten haben sich die Gesellschaften nämlich erheblich weiterentwickelt.

Eine zunehmend selbstbewusste Mittelschicht und die steigende (Jugend-) Arbeitslosigkeit bilden wesentliche Grundlagen der derzeitigen Entwicklungen.

In vielen Ländern entstand in den letzten Jahrzehnten eine zunehmend selbstbewusst auftretende Mittelschicht, die nach mehr politischen Partizipationsmöglichkeiten und gesellschaftlicher Teilhabe strebt. Häufig stieg das Bildungsniveau deutlich an (UNDP 2010). Gerade der Bevölkerungsanteil mit Universitätsabschlüssen wuchs lange Zeit als Folge einer Kombination aus einem kostenfreien Hochschulzugang und einer Jobgarantie im öffentlichen Sektor. Da die Regime aber immer weniger in der Lage sind, diese Jobs bereit zu stellen, wächst unter der jungen Bevölkerung und gerade bei Hochschulabsolventen die Arbeitslosigkeit. Wie auch in anderen Teilen der Welt machen eine große Jugendbevölkerung, ein steigendes Bildungsniveau, hohe Jugendarbeitslosigkeit, somit kaum Chancen auf den Erwerb von gesellschaftlichem Status, sowie eine allgemeine wirtschaftliche Wachstumsschwäche wesentliche Kriterien von Krisenherden aus (Apt 2011) und bilden so eine der zentralen Grundlagen für die derzeitigen Entwicklungen im Nahen Osten.

2 Nationale Kontexte und regionale Gemeinsamkeiten der Protestbewegungen und Aufstände

Die einzelnen Demokratisierungs- und Protestbewegungen tragen einen nationalen Charakter. Es gibt kein „gesamtarabisches Projekt".

So unterschiedlich die Länder und ihre politischen Strukturen sind, so unterschiedlich sind auch die einzelnen Demokratisierungs- und Protestbewegungen und ihre Aktionsmöglichkeiten und Forderungen. Die jeweiligen Bewegungen tragen daher zunächst einen nationalen Charakter. Es gibt also kein gemeinsames „gesamtarabisches Projekt". Auch kann man nicht sagen, dass die eine Revolution *ursächlich* für Aufstände im nächsten Land ist. Aber erfolgreiches Aufbegehren dient durchaus als Inspiration für andere Bewegungen, es finden Lernprozesse statt und teilweise gibt es auch grenzüberschreitenden Austausch zwischen den Aktivisten.

Neben der national sehr unterschiedlichen Ausprägung der Proteste lassen sich allerdings einige Gemeinsamkeiten identifizieren. Ein wesentliches Charakteristikum der Massenmobilisierungen liegt in ihrer sozialen und ideologischen Breite. An den erfolgreichen Protesten in Tunesien und Ägypten, aber auch in Bahrain, Jemen und Syrien beteiligen sich wirtschaftlich und sozial benachteiligte und schwache Bevölkerungsgruppen ebenso wie Intellektuelle, Staatsbeamte, alte und neue Mittelschichten und Teile der Unternehmerschaft. Städtische und ländliche Bevölkerung, Männer und Frauen, Junge und Alte sind genauso vertreten wie rechte, linke, religiöse und säkulare Strömungen.

Dabei sind Islamisten zwar ein Teil der Protestbewegung, spielen aber bisher – entgegen häufig geäußerter westlicher Befürchtungen – keine führende Rolle. Sowohl in Tunesien als auch in Ägypten sprangen islamistische Bewegungen auf den fahrenden Zug der Ereignisse auf, waren jedoch weder eine treibende noch dominante Kraft. Zudem machten sie klar, dass es auch ihnen um demokratische Reformen geht und sie einen zivilen Staat fordern.

Islamisten spielen keine führende Rolle in den Protestbewegungen.

Als der iranische Oberste Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei die Massendemonstrationen schlicht zu einer "islamischen Revolution" erklärte und sie so politisch vereinnahmen wollte, reagierten die ägyptischen Muslimbrüder prompt. Sie wehrten sich gegen derlei Vereinnahmungen und erwiderten, dass es sich um eine antidiktatorische und demokratische Bewegung handele (Ikhwanweb 2011).

Auch wenn die Proteste in manchen Ländern aufgrund einer hohen Beteiligung von Frauen mit Kopftüchern oder islamisch formulierten Parolen stärker religiös geprägt scheinen, bleiben sie im Kern zivil und auf säkulare, politische Forderungen ausgerichtet. Solche Proteste sind dann eher Ausdruck allgemein konservativerer Gesellschaften, als dies z. B. in Tunesien der Fall war.

Bezeichnend ist, dass sich bislang keine dominierenden Führungsfiguren in den Protesten hausgebildet haben. Die Massenmobilisierungen fanden meist dezentral organisiert und spontan statt. Dabei sehen die Protestbewegungen die Regime nicht nur als Gegner, sie wollen auch ihr Gegenteil sein. Das heißt, es wird weitgehend auf nichtgewaltsame Formen des Widerstands gesetzt, auf Transparenz und oftmals auf basisdemokratische Entscheidungsstrukturen.

Der Verlauf der Entwicklungen in Tunesien und Ägypten aber auch jüngst in Syrien machen deutlich, dass die Peripherie eine wichtige Rolle spielt und sich die Bewegungen häufig von dort aus erst auf die klassischen politischen Zentren auswirken. Zwar haben zentrale Orte wie der Tahrir-Platz in Kairo oder der Perlen-Platz in Manama eine hohe Symbolkraft und stehen im Zentrum der medialen Öffentlichkeit. Die Massenproteste werden jedoch häufig erst möglich durch die Unterstützung in abgelegeneren Teilen des Landes und weiten sich so zur Revolution aus (Bamyeh 2011: 43).

2.1 Die Rolle von Facebook, Twitter & Co

Gerade westliche Beobachter der Proteste fasziniert in besonderem Maße die Rolle, welche neue Kommunikationsmittel wie Facebook, Twitter und Youtube bei der Organisation der Proteste und der Mo-

Die Bedeutung der neuen Medien sollte nicht überschätzt werden.

bilisierung der Massen spielen. Dabei sollte jedoch deren Bedeutung nicht überschätzt werden. Sie sind eher ein Symptom grundlegender Veränderung als deren Ursache. Die Bezeichnung „Facebook-Revolution“ trifft also nicht den Kern der Ereignisse. Für die regionale und weltweite Verbreitung von Informationen über aktuelle lokale Ereignisse und Entwicklungen ist die Bedeutung von sozialen Medien von enormer Bedeutung. Durch Twitterfeeds und Statusmeldungen auf Facebook lassen sich die Geschehnisse vor Ort an jedem Computer oder Handy auf der Welt mitverfolgen. Durch Blogs und im Netz veröffentlichte Kurzvideos erfährt die Welt von den Protesten und den Reaktionen der Regierungen. Zudem greifen klassische Medien auf das Internet zur Informationsbeschaffung zurück.

Klassische Kommunikationskanäle bleiben wichtig für die Massenmobilisierung.

Bereits bei den Protesten im Iran 2009 machte schnell das Schlagwort von der „Twitter-Revolution“ die Runde, wobei jedoch bald klar wurde, dass hier manches Wunschdenken eine Rolle spielte. Denn für die Organisation der Proteste vor Ort und die Mobilisierung der Massen in den Städten waren klassische Kommunikationsformen wie Mund-zu-Mund-Propaganda und Flugblätter weit wichtiger als die neuen sozialen Medien. In Tunesien und Ägypten stieg die Bedeutung von sozialen Netzwerken zur Organisation von Protesten zwar deutlich an. In Ägypten fanden sich z. B. innerhalb kürzester Zeit zehntausende Unterstützer der Facebook-Seite „Wir sind alle Khaled Said“, die zu Protesten aufrief. Doch auch hier waren es Flugblätter und die Kommunikation über klassische Kanäle, die letztendlich zu der massenhaften Mobilisierung führten. Interessanter Weise spielten allerdings Internetcafés als real existente Orte eine wichtige Rolle als Treffpunkte und Sammelplätze der Protestbewegung. Deutlich wird das Ganze auch in Statistiken zur Mediennutzung in arabischen Ländern. Studien zeigen, dass sich dort nach wie vor rund 85 % der Bevölkerung über das Fernsehen über internationale Nachrichten informieren. Das Internet liegt mit 8 % auf einem weit abgeschlagenen zweiten Platz (Telhami 2010: 79 ff.).

Ähnlich wie im Falle der Online-Berichterstattung und der sozialen Netzwerke können die Enthüllungen über nahöstliche Regime auf der Internetplattform Wikileaks nicht als ursächlich für die Aufstände gesehen werden. An gewissen Punkten haben sie die Dynamik jedoch unterstützt. Zudem legten sie schonungslos offen, wie bewusst den westlichen Regierungen die Zustände und Machenschaften der Regime im Nahen Osten waren.

Einen weitaus entscheidenderen Beitrag leisteten arabische Fernsehsender wie Al Jazeera und Al Arabiya. Durch ihre Berichterstattung verbreiteten sie Informationen über die Proteste in die gesamte Region und zeigten, dass die Regime die Kontrolle verloren. So trugen sie

zu einem Übergreifen der Proteste auf weitere Länder bei. Durch ihre weite Verbreitung über Satellit – und bis zum Eingreifen mancher Machthaber auch über lokale Kabelnetze – sowie ihren Einfluss auf die arabische Öffentlichkeit offenbarten die Sender, dass die Regime der Region in Frage gestellt und überwunden werden können.

Sender wie Al Jazeera oder Al Arabiya tragen in hohem Maße zum Entstehen einer neuen arabischen Öffentlichkeit bei.

Bereits seit der Mitte der 1990er Jahre erlebte ein gesamtarabisches Denken eine Art von Wiedergeburt - diesmal jedoch nicht durch staatliche Ideologien des Panarabismus, sondern durch die gestiegene Bedeutung arabischer Medien auf einer nicht-staatlichen, individuelleren Ebene (Valbjørn 2009: 163 ff.). Es entwickelte sich eine neue arabische Öffentlichkeit, die nicht mehr durch ein staatliches Medienmonopol zu kontrollieren ist. Diese Medien brachen mit der Tradition üblicher Hofberichterstattung. Sie waren zwar westlicher Politik durchaus kritisch eingestellt – so etwa im Irakkrieg, nahmen aber vorher ungewohnte Themen auf und berichten zunehmend auch über Menschenrechtsverletzungen, sozioökonomische Ungleichheit und andere Defizite der autoritären Regime (Lynch 2006). Besonders dem Sender Al Jazeera wurde und wird von diesen Regimen daher immer wieder vorgeworfen, die Proteste anzuheizen und die Länder spalten zu wollen.

2.2 *Nationale politische Gelegenheitsstrukturen*

Der Erfolg der einzelnen Aufstände und Protestbewegungen hängt jedoch in hohem Maße vom jeweiligen nationalen Kontext ab. Also dem, was in den Theorien der sozialen Bewegungen auch die politischen Gelegenheitsstrukturen genannt wird (Tarrow 1996: 54 ff.). Hier stellen sich z. B. Fragen nach einer möglichen Spaltung innerhalb der Eliten oder der Führungsclique und nach Machtverschiebungen im System.

Ein wichtiger Faktor beim Verlauf der Proteste ist die Rolle des Militärs.

Ein entscheidender Faktor beim Verlauf und Erfolg der Proteste lag und liegt in der Rolle des Militärs. Wenn es den Herrschern gelingt, die Repressionsapparate in der Hand zu behalten, eröffnet sich die Möglichkeit, die Proteste trotz ihrer Breite und Verankerung gewaltsam niederzuschlagen. Auch das schnelle Umschlagen friedlicher Proteste in einen Bürgerkrieg in Libyen unterstreicht diesen Punkt: Solange die Regime also die Kontrolle über das Militär, die Polizei und Geheimdienste nicht verlieren, behalten sie eine Chance, durch Repression an der Macht zu bleiben. Ägypten und Tunesien haben hingegen gezeigt: Sobald die Regime sich nicht mehr auf die Repressionsorgane stützen können, brechen sie in sich zusammen.

Deshalb hängen die Erfolgsaussichten der Proteste in vielen Ländern nicht allein vom Mobilisierungsniveau der Bevölkerung ab, sondern

auch davon, ob die herrschenden Eliten gespalten werden können. In einem solchen Fall kann dies entweder zu einer Lähmung des Regimes oder gar zum Anschluss eines Teils des alten Machtapparates an die Opposition führen – im besten Fall dann zu einem Sturz des Regimes durch übergelaufene militärische und zivile Eliten.

Ein entscheidender Faktor, ob es den Regimen gelingt, sich dem Druck aus der Bevölkerung heraus zu widersetzen, ist die Zusammensetzung der jeweiligen Gesellschaft. In der Vergangenheit wurden immer wieder eine hohe innergesellschaftliche Fragmentierung oder das Vorhandensein mehrerer Machtzentren als Ursachen für schwache Staaten und Regierungen identifiziert (Buzan 1991: 96 ff., Ayoob 1995). Solche Strukturen und Dynamiken, die zunächst einen destabilisierenden Effekt zu haben scheinen, können jedoch auch von Vorteil für den Machterhalt der Regime sein. So ist es in solchen Fällen einfacher, unterschiedliche gesellschaftliche Strömungen und Interessengruppen nach dem altbekannten Prinzip „divide et impera" gegeneinander auszuspielen. Zudem ist bei mehreren Machtzentren die Gefahr geringer, dass Staatsversagen und korruptes Verhalten einer einzelnen Person oder eng begrenzten Gruppe angelastet wird. So ist es für Protestbewegungen schwieriger, den Zorn auf ein bestimmtes Hassobjekt zu kanalisieren. In Tunesien und Ägypten waren es vor allem die Symbolfiguren Ben Ali und Mubarak, auf die sich der Volkszorn richtete. Auch im Falle Libyens ist das ganze Staatssystem in extremem Maße auf die Person Muammar Gaddafis ausgerichtet, sodass sein Sturz gleichzeitig auch das Zusammenbrechen des ganzen Staatsapparates bedeuten würde. In Algerien hingegen gibt es z. B. mit dem Präsidenten und einer Reihe von einflussreichen Militärführern mehrere konkurrierende Machtzentren. Die geringere Personalisierung und die Ungewissheit, wer gerade die Kontrolle über bestimmte Bereiche der Politik oder der Wirtschaft hat, machen es einfacher, die Verantwortung auf andere abzuwälzen (Asseburg/Werenfels 2011: 2 f.).

Wie flexibel die Regime auf Druck reagieren können, ist entscheidend für den Verlauf der Proteste.

Es kommt folglich darauf an, wie flexibel die Regime auf den Druck reagieren können. Neben dem Rückgriff auf einen Repressionsapparat oder aber auch der möglichen Unterstützung durch externe Verbündete spielt hier die Verfügbarkeit von Ressourcen eine entscheidende Rolle. Das heißt welche Mittel eine Regierung aufwenden kann, um bestimmte Bevölkerungsgruppen „einzukaufen" und ruhig zu stellen. Paradebeispiel dafür ist König Abdallah von Saudi-Arabien, der umgehend ein Investitionspaket von rund 36 Milliarden US-Dollar auflegte, um sich der Loyalität verschiedener Bevölkerungsgruppen zu versichern (Christian Science Monitor 23.2.2011). Doch auch in weiteren Staaten der Region wurden Geldzahlungen an

die Bevölkerung angewiesen und Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen initiiert.

Berücksichtigt man all diese Gemeinsamkeiten und Unterschiede, so bleibt es schwer vorherzusehen, welche Richtung die Entwicklungen in der Region einschlagen werden. Nach einem optimistischen Beginn haben Libyen, Jemen, Bahrain und Syrien je ganz unterschiedlich gezeigt, dass auch Eskalationen möglich sind und Demokratiebewegungen auf erhebliche Widerstände stoßen. Doch auch in Tunesien und Ägypten hat die Revolution noch nicht gesiegt. Es zeigen sich mächtige Beharrungskräfte und es bleibt fraglich, wie weit sich die politischen Systeme tatsächlich öffnen.

Die politische Landschaft im Nahen Osten erlebt gerade den deutlichsten Wandel der vergangenen Jahrzehnte. In welche Richtung sich konkret die einzelnen Staaten entwickeln, ist schwer prognostizierbar und teilweise abhängig von Zufällen und Einzelereignissen. Es lassen sich jedoch aus den jüngsten Entwicklungen bereits einige Tendenzen ablesen. So scheint das Zeitalter, in dem autoritäre Regime die einzige Regierungsform darstellten, vorbei zu sein und eine Rückkehr zur Erstarrung der Vergangenheit höchst unwahrscheinlich. Auch wenn es noch zu früh ist, konkrete Prognosen anzustellen, so ist bereits absehbar, dass sich das Spektrum der Regimeformen in der Region erweitern wird. Möglicherweise werden auch Demokratien darunter zu finden sein. Doch trotz aller Veränderungen werden autoritäre Strukturen in unterschiedlichem Ausmaß ein wesentliches Merkmal der nahöstlichen Regime bleiben.

Das Spektrum der Regimeformen wird sich erweitern.

3 Interessen und Politikziele westlicher Regierungen im Nahen Osten

Im Gegensatz zu Demokratiebewegungen in anderen Teilen der Welt, besonders in Osteuropa, wurden die Entwicklungen im Nahen Osten seitens des Westens zunächst sehr zurückhaltend aufgenommenen. Anstelle von Euphorie herrschte die Sorge vor Instabilität in der Region. Teilweise gab es zunächst sogar Unterstützungsangebote an die Machthaber, um mit den „Unruhen“ fertig zu werden. So bot z. B. die französische Regierung dem tunesischen Präsidenten Ben Ali zu Beginn der Aufstände noch militärische Hilfe an (Meier 2011). Immer schwangen Befürchtungen mit, dass ein Sturz der Regime in den Staaten des Nahen Ostens zum einen den Islamisten Tür und Tor öffnen und zum anderen unkontrollierbare Migrationsströme auslösen würde. Erst zögerlich erfolgte eine Parteinahme für die Protestbewegungen in Tunesien und dann in Ägypten. Auch die ersten Re-

aktionen der deutschen Bundesregierung bekundeten zwar einerseits ihre Solidarität mit den Demonstranten, vermieden es aber, sich klar von den jeweiligen Machthabern zu distanzieren (Weiland 2011, Westerwelle 2011).

Westliche Nahostpolitik steht vor der großen Herausforderung, wirtschafts- und sicherheitspolitische Ziele mit wertebasierten zu vereinbaren.

Hier werden die Probleme deutlich, die sich aus dem breiten Interessenspektrum der westlichen Regierungen ergeben. Die aus diesen Interessen abgeleiteten Politikziele, konkrete wirtschaftliche und sicherheitspolitische auf der einen Seite und wertebasierte auf der anderen Seite, sind mitunter nicht einfach zu vereinbaren bzw. können sich in der politischen Praxis widersprechen.

Die wirtschafts- und sicherheitspolitisch motivierten Ziele lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Erstens geht es um die Sicherung der Energieversorgung durch das Öl und Gas der Region – und das Ganze zu einem erträglichen Preis; zweitens um die Gewährleistung der Kooperation in weiteren wirtschaftlichen und politischen Fragen – hier spielt die Migrationspolitik eine ganz besondere Rolle; drittens um den Schutz vor islamistischem Terrorismus und möglichst bereits schon im Vorfeld die Vorbeugung eines Erstarkens radikaler religiöser Bewegungen; viertens um die Sicherheit und Stabilität Israels – Deutschland sieht sich hier in einer besonderen historischen Verpflichtung – sowie weiterer westlicher Partnerländer; und fünftens – nach den jüngsten Entwicklungen noch mehr als zuvor – die Vermeidung von chaotischen Situationen in einzelnen Ländern bzw. die Förderung regionaler Stabilität. Hier spielt auch die Sorge vor einer nuklear aufgerüsteten Regionalmacht Iran mit hinein. Als wertebasierte Ziele westlicher Außenpolitik gelten u.a. die Vermeidung von humanitären Notsituationen, die Förderung von Demokratie sowie die Achtung von Menschenrechten (Hippler i.E.).

Die Interessenlage westlicher Regierungen hat sich durch die Umbrüche in der arabischen Welt nur unwesentlich verändert.

Diese Interessenlage hat sich durch die Umbrüche in der arabischen Welt nur unwesentlich verändert, wenngleich nun über veränderte Strategien diskutiert wird. In der Vergangenheit blieben die wertebasierten Zielsetzungen meist im Bereich des Rhetorischen und wurden den interessengeleiteten in der Regel untergeordnet oder als schmückendes Beiwerk verstanden (z. B. im Falle von Waffenlieferungen an autoritäre Regime wie Saudi-Arabien oder Ägypten, der Zusammenarbeit in Migrationsfragen mit Diktatoren wie Gaddafi oder der stillschweigenden Akzeptanz von Menschenrechtsverletzungen in verschiedenen arabischen Ländern im Zuge des Kampfes gegen den Terrorismus, um nur einige zu nennen). Dies hat dazu geführt, dass westliche Regierungen vor allem auf Stabilität und eine Kooperation mit den autoritären Regimen gesetzt haben. Letztere hatten sich immer wieder erfolgreich als einzige Garanten für Stabilität und vor allem als verlässliche Partner im Kampf gegen den Terrorismus ver-

kaufen können. Nach Martin Beck können die Staatsbürokratien des Nahen Ostens als „Agenturen von Politikspezialisten“ bezeichnet werden, „die es gelernt haben, auf diplomatischem Parkett kosmetische Korrekturen als weitreichende Reformen und repressive Maßnahmen als im kollektiven Interesse liegende Sicherheitspolitiken zu vermitteln“ (Beck 2010: 39).

Trotz anders lautender Erklärungen wurden bislang entweder die autoritären Regime der Region im Interesse von Stabilität und Kooperationsbereitschaft gestützt oder aber versucht, die Ergebnisse von Demokratisierungsprozessen im Vorfeld bereits vorzuschreiben (erinnert sei z. B. an die Forderungen nach freien Wahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten und die darauf folgende Isolierung der Wahlsiegerin Hamas). Der Westen trägt daher eine Mitverantwortung an den politischen und wirtschaftlichen Zuständen, die nun zu den Aufständen und Protesten geführt haben.

4 Notwendigkeit einer Neuorientierung westlicher Nahostpolitik

Das Scheitern der autoritären Staaten im Nahen Osten macht die Fortführung eines westlichen Ansatzes zunehmend problematisch, wenn nicht unmöglich, der vermeintliche Stabilität durch die Unterstützung dieser Regime zu erkaufen sucht. Wie weit auch immer ein politischer Wandel in den einzelnen Ländern gehen wird, auch in diesem Teil der Welt können sich die Herrschenden nicht mehr den Stimmen aus der Gesellschaft versperren.

Durch ihre wachsende innenpolitische Rolle rücken zivilgesellschaftliche Akteure in das Zentrum westlicher Politikformulierung und –implementation.

Die wachsende innenpolitische Rolle (zivil-)gesellschaftlicher Akteure und ihre Wahrnehmung der westlichen und deutschen Außenpolitik werden deshalb von eher peripheren zu zentralen Faktoren der Politikformulierung und -implementation. Neben wirtschaftlichen und militärischen Mitteln werden zunehmend Instrumente eine Rolle spielen, die die Bevölkerungen als Adressaten in den Blick nehmen und die Erreichung der gesetzten Ziele durch Attraktivität und Überzeugung zu erreichen vermögen. Es wird darum gehen, auf die Ziele und Präferenzen der politischen Akteure im Sinne der eigenen Interessen einzuwirken, um so Einfluss auf die Entwicklungen in der Region zu nehmen. Zentraler Punkt für die Wirksamkeit und die Möglichkeiten einer solchen Außenpolitik wird der Grad ihrer Glaubwürdigkeit sein.

Die westliche Außenpolitik und besonders die Demokratieförderung im Nahen Osten tragen aufgrund der in der Vergangenheit angelegten doppelten Maßstäbe (z. B. im Falle der Missachtung von UN-Sicherheitsratsresolutionen durch Israel und arabische Staaten oder der einseitigen Unterstützung pro-westlicher Akteure in der Zivilgesellschaft) und eines inkonsequenten Vorgehens die schwere Hypothek einer stark beschädigten Glaubwürdigkeit. Dementsprechend gilt es, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen und so auch die Möglichkeiten deutscher Politik zu stärken. Es müssen die passenden Instrumente gefunden werden, die nicht nur kurzfristigen Erwägungen unterworfen sind, sondern auch langfristig eine positive Entwicklung unterstützen. Die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der Staaten in der Region sollten dabei stärker als bisher in den Mittelpunkt gerückt werden. Das heißt außerdem, dass auch im Sinne weiterer Interessen westlicher Regierungen den normativen Zielen von Demokratieförderung und Einhaltung der Menschenrechte ein höherer Stellenwert eingeräumt werden muss. Ein bloßer rhetorischer Verweis auf die Wichtigkeit dieser Aspekte – wie in der Vergangenheit so oft passiert – untergräbt die Glaubwürdigkeit und verengt den politischen Handlungsspielraum.

Entscheidender Faktor für den Erfolg westlicher Außenpolitik ist ihre Glaubwürdigkeit.

5 Anknüpfungspunkte für westliche Demokratieförderung und zivilgesellschaftliches Engagement

So groß die Vielfalt der Faktoren und Akteure ist, die eine Rolle in den derzeitigen Umbrüchen im Nahen Osten spielen, so breit ist auch das Spektrum der Anknüpfungspunkte, an denen deutsche und europäische Aktivitäten zur Unterstützung von Demokratisierungsprozessen ansetzen können. Dies reicht von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Hilfe über die Unterstützung bei der Reform von Staatsapparaten und Regierungssystemen bis hin zur Förderung der Zivilgesellschaft und einer demokratischen politischen Kultur. In vielen dieser Bereiche gibt es bereits positive Ansätze und Kooperationen, die weiter ausgebaut werden müssen. Selbst wenn die Aktivitäten westlicher Akteure im Bereich der Demokratieförderung bislang zu eher dürftigen Ergebnissen geführt haben, bieten sie einen reichen Erfahrungsschatz und die Möglichkeit, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden (Hanrath 2008a).

Will die deutsche und westliche Nahostpolitik allgemein und die Unterstützung von Demokratie- und Reformbewegungen in der Re-

gion im Besonderen glaubwürdig und nachhaltig sein, so muss es zu einer Neuorientierung vor allem in drei Bereichen kommen:

1. muss die Abschottung Europas in wirtschafts- und migrationspolitischer Hinsicht abgebaut werden,
2. müssen die gesellschaftlichen Bedingungen und Strukturen sowie insbesondere die zivilgesellschaftlichen Akteure in den Zielländern eine stärkere Berücksichtigung finden und
3. muss die Kommunikation mit der arabischen Öffentlichkeit und die Selbstdarstellung deutscher Nahostpolitik verbessert werden.

5.1 Reform der Wirtschafts- und Migrationspolitik

Die Abschottung des europäischen Binnenmarktes muss abgebaut werden.

Um den Ökonomien im Nahen Osten tatsächlich langfristig zu helfen, müssen die europäischen Märkte für Produkte aus der Region geöffnet und die Abschottung des europäischen Binnenmarktes abgebaut werden. Dies gilt vor allem gegenüber den Ländern, in denen bereits ein Transformationsprozess begonnen hat. Hier ist es besonders wichtig, dass ein solcher Wandel auch von ökonomischen Verbesserungen für breite Teile der Bevölkerung begleitet wird. Wie bereits erläutert wurde, stellen wirtschaftliche Missstände und insbesondere die hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit wesentliche Instabilitätsfaktoren in den Staaten der Region dar. Zwar war es dieser gesellschaftliche Druck, der einen entscheidenden Beitrag zu den Aufständen geleistet hat. Um beginnende Demokratisierungsprozesse zu konsolidieren, müssen diese Probleme nun angegangen werden. Der europäische Agrarprotektionismus verschärft z. B. das Problem fehlender Arbeitsplätze weiter und verhindert eine nachhaltige Entwicklung. Die Märkte des Nahen Ostens werden mit subventionierten Produkten überschwemmt, während der Zugang zum europäischen Markt blockiert wird. Im Interesse einer lebensfähigen Wirtschaft abseits der Rohstoffexporte müssen Handelsbarrieren konsequent abgebaut werden. Hier kann Deutschland als einflussreiches Mitgliedsland der EU, das zudem in hohem Maße von den Subventionen und der Abschottung profitiert, eine Vorreiterrolle spielen und sich für einen Politikwandel einsetzen. Neben den direkten wirtschaftlichen Auswirkungen würden deutsche und westliche Regierungen weiter an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie in zentralen Politikbereichen die Bereitschaft demonstrieren, die Interessen der sich demokratisierenden Länder stärker zu berücksichtigen.

Migration nach Europa muss erleichtert werden.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auch die Abschottung Europas gegenüber Migration aus dem Nahen Osten und Sub-Sahara-Afrika zu lockern (für viele Migranten aus dem südlichen Afrika dienen die Staaten Nordafrikas lediglich als Transitstaaten). Durch die

effektive Abriegelung der EU-Außengrenzen verschließt sich den Ländern des Südens ein wichtiges Überdruckventil. Kernpunkte der EU-Strategie sind die Auslagerung der Migrationskontrolle und die Rückführung der „illegalen" Migranten. Hier setzte die EU zum einen auf die Zusammenarbeit mit diktatorischen Regimen, wie z. B. dem libyschen, dem rund 50 Millionen Euro dafür zugesagt wurde, die Migranten an einer Weiterreise zu hindern (Borchardt 2011: 71 f.). Zum anderen auf den massiven Ausbau der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX), deren Budget von 2005 bis 2011 auf fast 90 Millionen Euro mehr als vervierzehnfacht wurde (FRONTEX 2011).

Ein rationaler Umgang mit Migrationsbewegungen ist dringend notwendig.

Dringend notwendig ist ein rationaler Umgang mit den Migrationsbewegungen, der vor allem auf den tatsächlichen Migrationszahlen fußt und nicht auf den reißerischen Diskursen von „Flüchtlings-Tsunamis" und „Migranteninvasion". Die illegale Migration über das Mittelmeer hat z. B. in keiner Weise ein bedrohliches Ausmaß oder stellt gar eine Überforderung der europäischen Länder dar (Riedel 2011: 7 ff.). Die temporäre Emigrationsmöglichkeit kann jedoch für viele Volkswirtschaften des Südens eine zeitweise Entlastung bieten und durch die Rücküberweisungen der Migranten zur wirtschaftlichen Entwicklung der nahöstlichen Staaten beitragen.

Um Glaubwürdigkeit für Politiken zu gewinnen, die im Namen der Menschenrechte geführt werden, muss auch auf die Einhaltung der Menschenrechte in der europäischen Einwanderungspolitik geachtet werden. Die Fehler vergangener Migrationspolitik sollten daher behoben und nicht die nordafrikanischen Regime für ihren menschenunwürdigen Umgang mit Migranten belohnt werden, solange sie diese von der Weiterreise nach Europa abhalten. Zudem muss auch bei FRONTEX auf mehr Transparenz und die strikte Einhaltung von menschenrechtlichen Standards gedrängt werden.

Die Rolle der deutschen Zivilgesellschaft liegt im Bereich der Wirtschafts- und Migrationspolitik vor allem in der Lobbyarbeit und im Aufbau eines Drucks für einen solchen Politikwandel. Hier kann sie für eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Themen wie Migration und Entwicklung eintreten.

5.2 Zivilgesellschaftliche Akteure in den Fokus nehmen

Die Aufstände und Reformbewegungen haben die Bedeutung der Bevölkerungen und der arabischen Öffentlichkeit deutlich gemacht. Um Einfluss auf die Entwicklungen in der Region nehmen zu können, müssen zivilgesellschaftliche Akteure daher stärker in den Fokus der deutschen Außenpolitik und der Aktivitäten der deutschen

Zivilgesellschaft rücken. Das bedeutet einerseits, Gruppen, Zusammenschlüsse und Einzelpersonen zu stärken und in ihren politischen Aktivitäten zu unterstützen. Das heißt andererseits auch, sie als politische Akteure ernst zu nehmen und sie als Adressaten deutscher Außenpolitik und ihrer Vermittlung zu verstehen.

Protestbewegungen müssen bei ihrer Konsolidierung unterstützt werden.

Was die bislang sehr lose organisierten Protestbewegungen im Nahen Osten angeht, können deutsche und europäische Akteure – seien sie nun staatlich oder zivilgesellschaftlich – Hilfe bei deren Konsolidierung leisten, um sie bei der Durchsetzung ihrer Forderungen im anstehenden Transitionsprozess zu unterstützen. Was sich während der Proteste noch als Vorteil erwies – z. B. die dezentrale Organisation, das Fehlen von Führungspersönlichkeiten etc. – kann sich nun negativ auf eine Einflussnahme im politischen Prozess nach den Umbrüchen auswirken. Gerade angesichts auf absehbare Zeit fortbestehender autoritärer Strukturen sollten zivilgesellschaftliche Akteure in ihrer Rolle als Kontrollorgan und kritischer *Watchdog* unterstützt werden. Um auch solche Organisationen und Zusammenschlüsse der Zivilgesellschaft zu erreichen, die eben keinen hohen Organisationsgrad aufweisen, ist auch auf europäischer Ebene die Rückkehr zum Prinzip der dezentralen Kooperation notwendig. Zwar gab es nie eine offizielle Abkehr von diesem Ansatz in den diversen Förderprogrammen der EU, in der Praxis dominieren jedoch zentrale Kooperationsmechanismen und die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen in den Partnerländern (Hanrath 2008b).

Unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung sollte mit allen Kräften kooperiert werden, die für einen friedlichen Wandel eintreten.

Demokratie beschränkt sich nicht allein auf die Durchführung von Wahlen und einen möglichen Regierungswechsel. Vielmehr müssen sich Partizipation der Bürger, solider öffentlicher Glaube an demokratische Prinzipien, Verantwortlichkeit und Interaktion zwischen Staat und Gesellschaft umfassend und auf allen gesellschaftlichen Ebenen entwickeln. Es ist daher notwendig, das Spektrum der Kooperationspartner in den Gesellschaften zu erweitern und ideologische Scheuklappen abzulegen. Es sollte vielmehr mit allen Kräften zusammengearbeitet werden, die für einen friedlichen Wandel eintreten. Ob es sich dabei um islamistische Gruppierungen, säkulare Kräfte oder sonstige Bewegungen handelt, sollte dabei keine Rolle spielen.

Im Bereich der islamistischen Parteien und Bewegungen gibt es nämlich eine Vielzahl von Akteuren, die aktiv im Demokratisierungsprozess involviert sind. Sie sollten daher auch als Ansprech- und Kooperationspartner ernst genommen und in einen kritischen Dialog einbezogen werden. Hier ist also eine differenzierte Betrachtung des islamistischen Lagers notwendig.

Um den innergesellschaftlichen Dialog zu fördern und teilweise notwendige Versöhnungsprozesse zu begleiten, sollten darüber hinaus Runde Tische und Dialogforen mit breiter gesellschaftlicher Repräsentation initiiert und unterstützt werden. Hier können z. B. die politischen Stiftungen oder NGOs eine positive Rolle als Organisatoren und Mediatoren spielen. Ziel sollte es sein, den Rahmen für solche Begegnungen zu schaffen, nicht jedoch die Agenden vorzugeben.

5.3 Kommunikation und Außendarstellung verbessern

Neben der inhaltlichen Neuausrichtung der deutschen Nahostpolitik und der Ausweitung des Spektrums an Kooperationspartnern sollte die Bundesregierung auch ihre Außendarstellung und ihre Kommunikation mit den dortigen Gesellschaften verbessern.

Noch vor wenigen Jahren hatte die neue arabische Öffentlichkeit, in der sich wie erläutert kritische Meinungen und politischer Dialog auf einer medialen Ebene entwickeln konnten, die Grenzen ihrer Möglichkeiten erreicht. Weitgehend losgelöst von den lokalen Beschränkungen und der staatlichen Kontrolle konnten sich auf einer eher regionalen Ebene Diskussionen gegenseitig befruchten und Reformvorstellungen herausbilden. Es gelang jedoch nicht, diese Dynamik wieder zurück auf die Ebene der einzelnen Staaten zurückzuführen und dort einen politischen Wandel auszulösen (Lynch 2006). Die aus den Bevölkerungen erwachsenen und von einer großen Bandbreite gesellschaftlicher Akteure getragenen Reformbewegungen – und in einzelnen Fällen gar der Sturz der Machthaber durch diese – zeigen nun jedoch die Vitalität und Handlungskraft der Öffentlichkeit gegenüber ihren Regierungen. Daher ist es für die Bundesregierung wichtig, die Bevölkerungen in das Zentrum ihrer Politik zu nehmen, gesellschaftliche Dynamiken zu verstehen und mit „der arabischen Straße“ zu interagieren.

Westliche Politik muss stärker den Dialog mit der arabischen Öffentlichkeit suchen.

Das heißt sie muss stärker als bisher den Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren suchen, um die Öffentlichkeiten dieser Länder im Interesse deutscher Politiken zu gewinnen und ein positives Deutschlandbild zu stärken. Dabei sollten zunehmend interaktive Ansätze verfolgt werden. Die neue arabische Öffentlichkeit zeichnet sich vor allem durch Partizipation und Dialogorientierung aus (Lynch 2006: 32). Deutsche politische Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation mit den ausländischen Gesellschaften sollten daher wechselseitig sein und die Ziele und Vorstellungen der Bundesregierung klar vermitteln. Neue Medien und soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter bieten dabei eine Vielzahl von Möglichkeiten, wobei sie jedoch nicht lediglich als neue Kanäle zur einseitigen Verbreitung von Informati-

on missverstanden werden dürfen. Vielmehr geht es darum, über diese Medien mit dem Zielpublikum in Kontakt und Austausch zu kommen. Vertreter der Bundesregierung sollten zudem öfter Gebrauch von den vielfältigen Talkshow- und Call-in-Programmen der arabischen Nachrichtensender wie Al Jazeera oder Al Arabiya machen, um ihre Standpunkte zu vertreten. Dies birgt zwar immer auch einen gewissen Grad von Kontrollverlust, da nicht immer nur vorgefertigte Statements verlesen werden können. Allerdings ließe sich so ein in der Mediennutzung durchaus versiertes Publikum eher gewinnen und deutsche Perspektiven vermitteln.

Die Heterogenität des Nahen Ostens und die vielen Unterschiede der politischen Entwicklungen in den einzelnen Ländern der Region stellen die westliche Politik vor neue Herausforderungen. Weder können alte Strategien wie bisher fortgeführt werden noch gibt es einen „One-size-fits-all-Ansatz". Die Bundesrepublik befindet sich wie ihre westlichen Partner auf der Suche nach einem neuen Strategieansatz, bei dem die Eigeninteressen weiter gewahrt werden können, der sich aber als offener und fördernder in Bezug auf gesellschaftliche Umgestaltungen in Richtung Demokratisierungen erweist. Eine Neuorientierung westlicher Außenpolitik gegenüber der Region erfordert daher eine stärkere Berücksichtigung der gesellschaftlichen Bedingungen und Strukturen in den Zielländern allgemein, und insbesondere der zivilgesellschaftlichen Akteure. Für eine solche Politik wird Glaubwürdigkeit als eine bestimmende Größe zunehmend an Bedeutung gewinnen und muss bei allen Strategieplanungen mitgedacht werden.

Literatur

Apt, Wenke 2011: Aufstand der Jugend – Demographie liefert Hinweise auf Konfliktpotentiale, SWP-Aktuell 16, März 2011, Berlin, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A16_apw_ks.pdf (Zugriff 17.8.2011)

Asseburg, Muriel/Werenfels, Isabelle 2011: Tunesien – Einzelfall oder erster Dominostein?, SWP-Aktuell A 04, Januar 2011, Berlin, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2011A04_ass_wrf_ks.pdf (Zugriff 16.6.2011).

Ayoob, Mohammed 1995: The Third World Predicament – State Making, Regional Conflict, and the International System, Boulder/London.

Bamyeh, Mohammed 2011: Ägyptische Zeitenwende, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3, S. 41-46.

Beblawi, Hazem/Luciani, Giacomo 1987: The Rentier State, London u.a.

Beck, Martin 2010: Rente und Rentierstaat im Nahen Osten, in: Beck, Martin/Harders, Cilija/Jünemann, Annette/Stetter, Stephan (Hrsg.): Der Nahe Osten im Umbruch – Zwischen Transformation und Autoritarismus, Wiesbaden, S. 25-49.

Borchardt, Ulrike 2011: Das Scheitern der EU-Mittelmeerpolitik, in: Johannsen, Margret/Schoch, Bruno/Hauswedell, Corinna/Debiel, Tobias/Fröhlich, Christiane (Hrsg.): Friedensgutachten 2011, Berlin, S. 61-75.

Buzan, Barry 1991: People, States & Fear – An Agenda for International Security Studies in the Post-Cold War Era, Boulder.

Christian Science Monitor 2011: Saudi Arabia's King Abdullah promises $36 billion in benefits, 23.2.2011, http://www.csmonitor.com/World/Middle-East/2011/0223/Saudi-Arabia-s-King-Abdullah-promises-36-billion-in-benefits (Zugriff 14.6.2011).

Freedom House 2011: Freedom in the World 2011 – The Authoritarian Challenge to Democracy. Selected Data from Freedom House's Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties, Washington, http://www.freedomhouse.org/images/File/fiw/FIW_2011_Booklet.pdf (Zugriff 14.6.2011).

FRONTEX 2011: Budget and Finance, http://www.frontex.europa.eu/budget_and_finance (Zugriff 14.6.2011).

Hanrath, Jan 2008a: Demokratie und Demokratieförderung im Nahen Osten, in: Hippler, Jochen (Hrsg.): Von Marokko bis Afghanistan – Krieg und Frieden im Nahen und Mittleren Osten, Hamburg, S. 143-160.

Hanrath, Jan 2008b: Zivilgesellschaftsförderung der EU im Nahen Osten – Euro-Mediterrane Partnerschaft und Stärkung demokratischer Strukturen, Marburg.

Hippler, Jochen 2008: Der Nahe und Mittlere Osten – Grundprobleme einer konfliktträchtigen Region, in: Hippler, Jochen (Hrsg.): Von Marokko bis Afghanistan – Krieg und Frieden im Nahen und Mittleren Osten, Hamburg, S. 143-160.

Hippler, Jochen 2011: Das Ende der Erstarrung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4, S. 69-73.

Hippler, Jochen i.E.: Strategische Grundprobleme politischer und militärischer Intervention – Unter besonderer Berücksichtigung der Krisensituationen im Nahen und Mittleren Osten, INEF-Report 104, Duisburg.

Ikhwanweb 2011: Egypt's Revolution Is a People's Revolution with No Islamic Agenda, www.ikhwanweb.com 5.2.2011, http://www.ikhwanweb.com/article.php?id=27963 (Zugriff 14.6.2011).

Lynch, Marc 2006: Voices of the New Arab Public – Iraq, Al-Jazeera, and Middle East Politics Today, New York.

Meier, Albrecht 2011: Die Tücken der Solidarität mit Tunesien, in: Zeit Online, 19.1.2011, http://www.zeit.de/politik/2011-01/tunesien-eu-blamage (Zugriff 18.8.2011).

Noble, Paul 2010: From Arab System to Middle Eastern System? Regional Pressures and Constraints, in: Korany, Bahgat/Dessouki, Ali E. Hilal (Hrsg.): The Foreign Policies of Arab States – The Challenge of Globalization, 3. vollst. überarb. Aufl., New York, S. 67-165.

Riedel, Sabine 2011: Illegale Migration im Mittelmeerraum – Antworten der südlichen EU-Mitgliedstaaten auf nationale europapolitische Herausforderungen, SWP-Studie 2011/S 10, April 2011, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S10_rds_ks.pdf (Zugriff 22.7.2011).

Tarrow, Sidney 1996: States and Opportunities – The Political Structuring of Social Movements, in: McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (Hrsg.): Comparative Perspectives on Social Movements – Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings, Cambridge, S. 41-61.

Telhami, Shibley 2010: 2010 Arab Public Opinion Poll, Conducted by the University of Maryland in conjunction with Zogby International, Washington, http://www.brookings.edu/~/media/Files/rc/reports/2010/08_arab_opinion_poll_telhami/08_arab_opinion_poll_telhami.pdf (Zugriff 31.3.2011).

United Nations Development Programme (UNDP) 2005: Arab Human Development Report 2004 – Towards Freedom in the Arab World, New York, http://www.arab-hdr.org/publications/other/ahdr/ahdr2004e.pdf (Zugriff 10.6.2011).

United Nations Development Programme (UNDP) 2010: Regional and National Trends in the Human Development Index 1970-2010, New York, http://hdr.undp.org/en/data/trends (Zugriff 10.6.2011).

Valbjørn, Morten 2009: Arab Nationalism(s) in Transformation – From Arab Interstate Societies to an Arab-Islamic World Society, in: Buzan, Barry/Gonzalez-Pelaez, Ana (Hrsg.): International Society in the Middle East – English School Theory at the Regional Level, Houndsmill / New York, S. 140-169.

Weiland, Severin 2011: Starke Worte, schwache Taten – Deutsche Reaktion auf arabische Revolte, in: Spiegel Online, 23.2.2011, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,747060,00.html (Zugriff 16.8.2011).

Westerwelle, Guido 2011: Rede von Bundesaußenminister Guido Westerwelle im Deutschen Bundestag zur Lage in Ägypten, Auswärtiges Amt, 9. Februar 2011, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2011/110209-BM_BT_Aegypten.html (Zugriff 16.8.2011).

World Bank 2011: GDP per capita (current US$), http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD (Zugriff 22.8.2011).

Jan Hanrath, Dipl. Soz.-Wiss., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind der Nahe und Mittlere Osten, Demokratie- und Zivilgesellschaftsförderung, Public Diplomacy sowie Migration und Integration.

Kontakt: jan.hanrath@inef.uni-due.de

Umbrüche im Nahen Osten - Hintergründe und Handlungsoptionen für westliche Politik und Zivilgesellschaft

Die politische Landschaft im Nahen Osten erlebt gerade den deutlichsten Wandel der vergangenen Jahrzehnte. Nach Jahren der Stagnation und der Verkrustung in autoritären Strukturen begannen Demokratiebewegungen, breite gesellschaftliche Mobilisierungen und in einzelnen Fällen aufständische Gruppen gegen diese Zustände aufzubegehren. Die deutsche Regierung wie auch zivilgesellschaftliche Akteure sehen sich aktuell mit einer veränderten Situation konfrontiert, die die Suche nach angemessenen Reaktionsmöglichkeiten und mitunter eine strategische Umorientierung notwendig macht. Vor allem in den Bereichen der Wirtschafts- und Migrationspolitik sowie bei der Bewertung von und dem Umgang mit gesellschaftlicher Akteuren in der Region besteht dabei besonderer Reformbedarf. In diesem INEF Policy Brief werden Charakteristika der gegenwärtigen Entwicklungen im Nahen Osten zusammengefasst und besonders das Zusammenspiel von regionalen und lokalen Faktoren analysiert sowie konkrete Empfehlungen für zukünftige deutsche und westliche Nahostpolitik formuliert.

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), das im Jahr 1990 gegründet wurde, ist eine Forschungseinrichtung der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen am Campus Duisburg. Es kooperiert eng mit der Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF), Bonn. Das INEF verbindet wissenschaftliche Grundlagenforschung mit anwendungsorientierter Forschung und Politikberatung in folgenden Bereichen: Global Governance und menschliche Sicherheit, fragile Staaten, Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sowie Entwicklung, Menschenrechte und Unternehmensverantwortung. Direktor des INEF ist Prof. Dr. Tobias Debiel und Wissenschaftliche Geschäftsführerin ist Dr. Cornelia Ulbert.

Die Reihe INEF Policy Brief

In den INEF Policy Briefs werden wichtige aktuelle Ereignisse und Forschungsthemen in prägnanter Form aufgegriffen und im Hinblick auf politische Handlungsempfehlungen diskutiert. Sie erscheinen in unregelmäßigen Abständen.

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

FAKULTÄT
FÜR GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Jan Hanrath: Umbrüche im Nahen Osten - Hintergründe und Handlungsoptionen für westliche Politik und Zivilgesellschaft.
Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden (INEF Policy Brief 9/2011, August)

INEF

Herausgeber:
© Institut für Entwicklung und Frieden, INEF
Lotharstraße 53 D - 47057 Duisburg
Phone +49 (203) 379 4420 Fax +49 (203) 379 4425
E-Mail: inef-sek@inef.uni-due.de
Homepage: http://inef.uni-due.de

Layout design: Sascha Werthes, Jeanette Schade
Coverfotos: Jochen Hippler, Ulf Terlinden, Jeanette Schade

ISSN 1863-9909